

sozialistische standpunkte

NUMMER 16

1 DM

Gaétan Kayitare/Olaf van Aken

**Nein zum EUROpa
der Banken
und Konzerne**

SAV

**Sozialistische
Alternative**

Ein ohrenbetäubendes Trommelfeuer für den Euro steht uns in den nächsten Monaten bevor.

Millionenbeträge wird die Bundesregierung für eine Werbekampagne verbraten, die uns den Euro schmackhaft machen soll. Besonders das deutsche Kapital wird behaupten, wir würden mit dem Euro dem Ziel einer europäischen Einigung einen großen Schritt näher gekommen sein. Die Vereinigten Staaten von Europa sind immer schon ein Traum der aufstrebenden deutschen Bourgeoisie gewesen. Als potenziell stärkstes Land hoffte man, in einem vereinten Europa am meisten zu profitieren. Bereits im 19. Jahrhundert drängten die mächtiger werdenden Stahlbarone auf die Einigung Europas. Was nicht friedlich gelang, versuchte dann die deutsche Bourgeoisie erfolglos durch zwei Weltkriege militärisch zu erzwingen.

Unter dem Eindruck des II. Weltkrieges und ermutigt durch den langen wirtschaftlichen Aufschwung, versuchten Frankreich und Deutschland gemeinsam eine europäische Einigung auf friedlichem Wege in Gang zu bringen, bei der beide Seiten profitieren sollten.

Mit dem Vertrag von Rom 1957 wurde die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) aus der Taufe gehoben. Seit damals verfolgen die europäischen Wirtschaftsmächte das Ziel eines einheitlichen Binnenmarktes. 1970 entstand bereits der Plan einer stufenweisen Einführung einer Währungsunion bis 1980, dessen Umsetzung jedoch kläglich scheiterte.

Zweckbündnis von Räubern

Die EU war von Anfang an alles andere als eine Liebesbeziehung. Sie ist ein Zweckbündnis, um sich gegen USA und Japan behaupten zu können. Die EU ist aber insbesondere auch ein Instrument der europäischen Kapitalisten, um die Arbeiterklasse in Europa besser und stärker auszubeuten. Der Prozess der europäischen Einigung ermöglicht es den einzelnen Regierungen, sich bei ihrer Politik des Sozialabbaus und der Steuergeschenke an Unternehmer, hinter der EU zu verstecken.

Für die Arbeiterklasse in den Mitgliedstaaten ist die von niemandem gewählte EU-Bürokratie in Brüssel weit weg und entsprechend schwieriger unter Druck zu setzen. Dies gilt um so mehr, als die (in den meisten Staaten

Impressum:

herausgegeben von der Sozialistischen Alternative - SAV
Littenstr. 106/107, 10179 Berlin, info@sav-online.de, Tel. 030 / 24 72 38 02
Eigendruck im Selbstverlag, Juni 2001



Plakate der rot-grünen Einheitsliste in Dänemark.

Dort wurde dem Euro beim Referendum im letzten Herbst eine klare Absage erteilt. In

regierende) Sozialdemokratie wie auch die Gewerkschaftsbürokratie zu glühenden Befürwortern der Marktwirtschaft geworden sind. Sie sind nicht gewillt, Widerstand gegen die neoliberale Politik zu leisten.

Gleichzeitig neigt besonders in Deutschland die traditionelle Linke dazu, zu glauben, die EU böte eine Chance, den deutschen Imperialismus einzubinden und im Zaum zu halten. Aber heute ist immer noch aktuell, was Lenin 1915 schrieb: „Natürlich sind zeitweilige Abkommen zwischen den Kapitalisten und zwischen den Mächten möglich. In diesem Sinne sind auch die Vereinigten Staaten von Europa möglich als Abkommen der europäischen Kapitalisten... worüber? Lediglich darüber, wie man gemeinsam den Sozialismus in Europa unterdrücken, gemeinsam die geraubten Kolonien gegen Japan und Amerika verteidigen könnte.“

Ein europäischer Staat?

Die Euro-Einführung 2002 wird dem Traum von den „Vereinigten Staaten von Europa“ neue Nahrung liefern. Schließlich wird man dann eine echte gemeinsame Währung haben. Eine EU-Armee (eine schnelle Eingreiftruppe von 60.000 Mann mit einer weiteren Hilfstruppe aus 150.000 Soldaten) ab 2003 ist ebenfalls beschlossen. Eine Währung, eine Armee, über eine Verfassung wird laut nachgedacht – ist damit nicht ein europäischer Bundesstaat in greifbare Nähe gerückt? Es sind zwar einige Fortschritte auf dem

Weg zur europäischen Integration in der EU gemacht worden. Ein Blick zurück zeigt aber, wie schwierig dieser Prozess über die letzten 44 Jahre gewesen ist. Er wurde immer wieder bei Wirtschaftsrezessionen unterbrochen und verzögert, so dass die EU und ihre Vorgängerin EG auch als Schönwetter-Organisationen bezeichnet wurden. Dass diesmal der Weg von den Maastrichter Verträgen bis zur Euro-Einführung gegangen werden konnte, beruht auf zwei Umständen: Zum einen wurde das Projekt Euro begünstigt durch den relativ langen Aufschwung der 90er Jahre. Zum anderen gingen die Führer der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien weit nach rechts. Sie bejahten den Euro und taten alles, um Gegenwehr gegen Sozialabbau, Privatisierung und Lohnsenkung – die unvermeidlichen Folgen dieses Projektes – zu verhindern.

Mit dem schönen Wetter in der Wirtschaft ist es für die Kapitalisten aber vorbei. Die kommende Krise wird eher die Spannungen innerhalb der EU-Staaten spürbar steigern und die Gültigkeit der Maastrichter Kriterien in Frage stellen. Einzelne Staaten werden versuchen, aus dem engen Korsett der Konvergenzkriterien (Kriterien zur Begrenzung von Haushalts- und Staatsdefizit, Inflation und Zinssätzen) auszusteigen, um die Krise durch höhere Verschuldung über staatliche Maßnahmen abzufedern. Man stelle sich zum Beispiel vor, Griechenland würde plötzlich von einer derart dramatischen Wirtschaftskrise erfasst wie die, die gerade das Nachbarland Türkei erschüttert. Dann wäre selbst die Mitgliedschaft im Club der Euro-Länder in Frage gestellt.

Osterweiterung

Mit der Osterweiterung will sich die EU wirtschaftlich einen geschützten Absatzmarkt und politisch einen Hinterhof aus Satellitenstaaten verschaffen. Die EU stellt den Beitritts-Ländern Bedingungen: Öffnung der Märkte für das internationale Kapital, konvertierbare Währung, Schaffung eines Rechtssystems, das die Dominanz des Kapitals aus der EU dauerhaft schützt. Dadurch werden die 13 Beitrittskandidaten zu reinen Absatzmärkten und verlängerten Werkbänken der EU degradiert. Das Pro-Kopf-Einkommen der Beitrittsstaaten liegt gerade bei 15 Prozent des EU-Durchschnitts. Wenn überhaupt, dann werden sie höchstens EU-Mitglieder zweiter oder dritter Klasse mit eingeschränkten Rechten werden.

Kapitalismus bedeutet immer nationale und internationale Konkurrenz. Deutschland und die anderen größeren Staaten – Frankreich, England und Italien – fordern ja bereits bei Abstimmungen für sich mehr Stimmen. Insbesondere Deutschland und Frankreich wollen unter gar keinen Umständen zulassen, dass andere Mehrheiten über ihre fundamentalen Interessen

bestimmen.

Je schärfer die Krise, um so stärker braucht jede nationale Kapitalistenklasse eine nationale Regierung, eine eigene Armee und Polizei, um ihre Interessen gegenüber

der eigenen Arbeiterklasse und gegenüber ausländischen Kapitalisten zu schützen. Ein EU-Superstaat, der auch noch Osteuropa einschließt, ist und bleibt deshalb eine Illusion, aber eine Illusion, die die Arbeiterklasse teuer zu bezahlen hat.

Ein friedliches und dauerhaft vereinigt Europa kann es nur als Föderation sozialistischer Staaten von Europa geben, das heißt, wenn die Macht der Banken und Konzerne gebrochen und das Konkurrenzsystem abgeschafft worden ist.

Der Euro: Gut für die Bosse, nicht für uns

Der Euro wird als eine tolle Währung dargestellt, die die Kleinstaaterei aufhebt und die lästige Geldumtauscherei innerhalb Europas beseitigt. Muss man da nicht als Europäer, zumal als Linker, für den Euro sein, vor allem wenn rechte Nationalisten dagegen sind? Nein, denn wir sind aus sozialen Gründen gegen den Euro, nicht aus nationalen.

Die Voraussetzungen für die Teilnahme an der EWU – die sogenannten Maastrichter Konvergenzkriterien – machten bereits deutlich, für wen der Euro eingeführt werden soll: für Banken und Konzerne. Es wurden nämlich nicht etwa Konvergenzkriterien wie Vollbeschäftigung oder angemessene Löhne vereinbart, sondern monetäre Kriterien. Höchst-Grenzen wurden festgelegt: für die Inflation 2,6 Prozent, für das Haushaltsdefizit 3 Prozent des Bruttosozialproduktes (BIP), für die Staatsverschuldung 60 Prozent des BIP und für die Zinsen 8,7 Prozent. Damit verpflichteten sich die Teilnehmerstaaten auf eine massive Kürzungs- und Deregulierungspolitik, um diese Kriterien zu erreichen, (was sie trotzdem auf Dauer nicht schaffen werden). In den letzten Jahren ist der Euro ein Totschlagargument gewesen für unzählige „Sparpakete“ und Privatisierungsorgien verschiedener europäischer Regierungen. „Bei den Maastrichter Verträgen ist der Weg auch ein Stück weit das Ziel, erlaubt er doch den Regierungen und Parlamenten, von ihren Völkern

„Keinesfalls darf die Sozialpolitik im europäischen Maßstab zum Ausfallbürgen für unzulängliche Reformbemühungen der einzelnen Länder werden. Wir brauchen eine auf Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit basierende Stabilitätsunion, nicht jedoch eine Transferunion mit immer umfangreicheren zwischenstaatlichen Umverteilungsmechanismen.“

Dieter Hundt, der damalige Präsident des Arbeitgeberverbandes, im Handelsblatt vom 31.12.96



Die Renault-Belegschaften taten sich im Kampf gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren europaweit besonders hervor.

Im Sommer 1997 forderten sie auf den Straßen von Paris Arbeitszeitverkürzung unter der Losung: „Jospin hat Brot versprochen, aber gibt keins“

einschneidende Solidaritätsoffer zu verlangen“, so Waigel, ehemaliger Finanzminister der Kohlregierung 1992.

Löhne wie in Portugal – Preise wie in Deutschland

Die Nachteile des Euro für die Arbeiterklasse werden mit dem Umtausch der Münzen und Geldscheine Anfang 2002 noch deutlicher werden. Löhne und Preise sind dann in den Euro-Ländern ganz leicht und unmittelbar vergleichbar. Der Euro wird die Konkurrenz zwischen den Beschäftigten in verschiedenen Euro-Staaten extrem verschärfen. „Die Einführung einer einheitlichen Währung erhöht jedoch gleichzeitig die Lohntransparenz und den Wettbewerb zwischen den Arbeitskräften. Damit wird die Lohndisziplin gestärkt“ (Deutsche Bank, Studie „Eine stabile Währung für Europa“ 1/96). Mit dem Euro werden sich Zustände, wie sie heute auf den Baustellen existieren, leichter in anderen Branchen europaweit festsetzen können, wenn nicht massive Gegenwehr organisiert wird.

In den letzten Jahren gab es bereits drastische Lohneinbußen und eine verstärkte Aushebelung der Flächentarifverträge. In den 90er Jahren wurde in der EU öffentliches Eigentum in beispiellosem Umfang an Unternehmer

verschербelt. BerufseinsteigerInnen verdienen heute 10-30 Prozent weniger als ihre KollegInnen vor 10 Jahren. Das Euro-Projekt sorgt mit dafür, dass zum ersten Mal in der Nachkriegszeit eine Generation es schlechter haben wird als ihre Vorgängerin.

An den Finanzmärkten haben wir ja seit 1999 den Euro als gemeinsame Währung. Und was hat das der Masse der Bevölkerung in den Euro-Ländern gebracht? Den versprochenen Zuwachs an Wohlstand? Das Gegenteil ist der Fall. Magere Tarifabschlüsse bei anziehenden Preisen, Zunahme von unsicheren Arbeitsverhältnissen und Rentenprivatisierung sind die Realität.

Der Euro wird die Kluft zwischen armen und besser gestellten Regionen in Europa vergrößern, weil Konkurrenzkampf immer zu Lasten der Schwächeren geht. An einen finanziellen Ausgleich – wie in der BRD zwischen den Bundesländern üblich – ist zwischen den Euro-Ländern nicht gedacht.

Beispiel Agrarpolitik: Für Profit über Leichen

Die EU gibt Jahr für Jahr ungefähr die Hälfte ihres Haushaltes für Agrarpolitik aus. Das Ergebnis: BSE und MKS, denn nicht die Gesundheit der Menschen oder der Tierschutz stehen im Mittelpunkt der EU-Agrarpolitik, sondern der Profit. Jahrelang wurde BSE verharmlost und verheimlicht. Heute, wo es nicht mehr zu verschweigen ist, werden BSE und die Maul- und Klauenseuche (MKS) benutzt, um Millionen Tiere wie Müll zu verbrennen. Aber nicht um KonsumentInnen zu schützen, sondern um Fleischüberschüsse abzubauen und so die Preise hochzuhalten. Die Liberalisierung des Agrarmarktes und die Subventionspolitik der EU haben zu einem irrsinnigen Tier- und Schlachtvieh-Tourismus mit den bekannten Folgen geführt.

Freie Fahrt im Binnenmarkt?

Im Rahmen des gemeinsamen Binnenmarktes wurden Grenzkontrollen und Wartezeiten an den Grenzen weitgehend abgeschafft. Aber dafür stehen wir jetzt ständig auf verstopften Autobahnen im Stau.

Abonniert unsere Zeitung „VORAN“

Ja, ich möchte:

- zehn Ausgaben zu 25,-
- ein Förderabo mit einer monatl. Spende von ___ DM bezahlen
- zusätzlich ___ Exemplare zum Weiterverkauf
(in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Weiterverkauf)

Name _____

Telefon _____

Adresse _____

Eine Währung für konkurrierende Staaten?

Alle bisherigen Währungsunionen waren entweder das Ergebnis einer vorhergehenden staatlichen Einigung (beispielsweise wurden erst nach Gründung des Deutschen Reichs 1871 eine Zentralbank und eine einheitliche Währung geschaffen), oder aber die Währungsunionen sind gescheitert. Die bedeutendsten Beispiele sind die Lateinische Währungsunion von 1865 zwischen Frankreich, Italien, Belgien, Schweiz und Griechenland und die Skandinavische Währungsunion von 1872 zwischen Schweden, Norwegen und Dänemark. Beide scheiterten, als wirtschaftliche Krise und wachsender Konkurrenzkampf in den I. Weltkrieg mündeten. „Als fundamentale nationale ökonomische Interessen auf dem Spiel standen, ging jeder Staat ohne Absprache wieder zunehmend zu voller Kontrolle über die Währung über.“ So lautet das Resümee in einer geschichtlichen Betrachtung der Währungsunionen in Europa. Der Euro ist ein noch viel ehrgeizigeres Projekt als frühere Währungsunionen. Europa und der Welt stehen große wirtschaftliche Schocks und Krisen noch bevor. Die Frage lautet nicht ob der Euro scheitert, sondern wann er scheitert.

Der LKW-Verkehr hat nämlich durch die Liberalisierung des europäischen Binnenmarktes enorm zugenommen. Und im Zuge der EU-weiten Privatisierung der staatlichen Eisenbahnen werden Strecken stillgelegt und Bahnhöfe geschlossen, was zu noch mehr Auto- und LKW-Verkehr führt.

Abschiebeknäste und Abschiebung: Flüchtlinge werden in der EU wie Kriminelle behandelt. Totale Reisefreiheit für Tiere, aber ein Asylbewerber aus Potsdam darf nicht bis nach Berlin fahren – das ist die EU.

Widerstand gegen das Europa der Konzerne

In den letzten Jahren hat es zunehmenden Widerstand und Protest gegen das Europa der Herrschenden, gegen das Europa der Banken und Konzerne gegeben. Seit Mitte der 90er Jahre haben immer mehr ArbeiterInnen und Jugendliche angefangen sich gegen die Auswirkungen der sogenannten Maastrichter Konvergenzkriterien zur Wehr zu setzen. Neoliberale Politik wie Privatisierungen, Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeit, unsichere Beschäftigung, Massenentlassungen und massiver Sozialabbau wurde und wird nicht mehr widerstandslos hingenommen. Es gibt einige gute Beispiele für Kämpfe von ArbeiterInnen und Jugendlichen, die einen grenzübergreifenden und internationalen Charakter hatten beziehungsweise haben.

Den ersten europaweiten Streik haben

Renault-Beschäftigte im März 1997 organisiert. Auf die Ankündigung der Konzernleitung, das Werk in Vilvoorde in Belgien zu schließen, reagierten die Renault-Belegschaften in Frankreich, Spanien, Portugal, Slowenien und Belgien mit einem eintägigen Streik. Eine Woche später nahmen 100.000 KollegInnen am „Marsch für Arbeit“ in Brüssel teil, mit internationalen Delegationen von allen anderen Standorten und aus Deutschland. Leider war die Gewerkschaftsspitze damals nicht bereit, den Kampf im Betrieb aufzubauen und weiter zu führen.

Ebenfalls im März 1997 demonstrierten 300.000 Menschen in Rom gegen die hohe Arbeitslosigkeit. Zentraler Slogan der Demo war: „Wir sagen Nein zum Europa des Profits“. Die Euromärsche mobilisierten '97 und '99 zehntausende ArbeiterInnen und Jugendliche gegen die EU-Gipfel in Amsterdam und Köln.

Die Welle internationaler Proteste ist seitdem nicht abgerissen: ob in Seattle, Washington, Melbourne, Prag oder Nizza, überall sind hunderttausende ArbeiterInnen und Jugendliche gegen die Institutionen des globalen Kapitalismus wie Weltbank, IWF oder gegen EU-Gipfel auf die Straße gegangen. In Nizza demonstrierten Ende letzten Jahres 100.000 Menschen, zum großen Teil französische Gewerkschafter, gegen den EU-Gipfel.

Rolle der Gewerkschaften

Wenn der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) mit seinen 59 Millionen Mitgliedern alle europaweiten Proteste, Streiks und Demonstrationen unterstützt und seine Mitglieder mobilisiert hätte, wäre es möglich gewesen die Bewegung gegen die EU auf eine breitere Basis zu stellen und internationale betriebliche Kämpfe erfolgreicher zu führen. Die Führung des EGB hat daran jedoch kein Interesse und versucht mit allen Mitteln die Proteste abzuwürgen und zu bremsen. Neu entstandene oppositionelle Strömungen in den Gewerkschaften wie zum Beispiel die Gewerkschaftslinken in Deutschland müssen den Aufbau eines europaweiten Netzwerks von linken GewerkschaftsaktivistInnen vorantreiben, um in Zukunft europaweite Aktionstage und Streiks effektiv organisieren zu können. Ein eintägiger europaweiter Generalstreik gegen die jetzige EU und für ein Europa der ArbeiterInnen und Jugendlichen könnte ein möglicher erster Schritt sein, um den Herrschenden etwas entgegenzusetzen.

Für ein Europa der ArbeiterInnen

Die internationalen Proteste haben indirekt und zunehmend direkt einen antikapitalistischen Charakter. „Die stärkste Idee von Arbeitereinheit ist

Internationalismus. Den Internationalismus zu entwickeln bedeutet den Bruch mit der rassistischen und chauvinistischen „Festung Europa“. Europa (die EU) ist eine kapitalistische Schöpfung, um ihre Interessen gegen die amerikanischen und japanischen Bosse zu verteidigen. Das ist kein soziales Europa, weil es zur Ausbeutung der Arbeiter und der Dritten Welt entwickelt ist. Der richtige Name für Europa ist gegenwärtig „Europa des Kapitals“ (Erklärung der Bewegung für eine Gewerkschaftserneuerung in Belgien, Oktober 1997).

Was aber fehlt ist das Aufzeigen einer Alternative zum Kapitalismus. Es ist nötig, die Bewegung mit einem sozialistischen Programm zu bewaffnen, um Kämpfe erfolgreich führen zu können.

Die SAV und das CWI (Komitee für eine Arbeiterinternationale) fordern:

- Schluss mit der Politik für Banken und Konzerne: gegen Deregulierung, Flexibilisierung, und Sozialabbau
- Gegen Privatisierung – Wiederverstaatlichung der privatisierten Betriebe
- Massive öffentliche Investitionen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Wohnen und öffentlichem Verkehr
- Kampf der Arbeitslosigkeit: für massive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Nein zum Euro, Nein zu den Maastricht-Kriterien
- Nein zu Nationalismus und Rassismus, gegen das Schengener Abkommen und gegen eine „Festung Europa“: für ein uneingeschränktes Asylrecht und ein Bleiberecht für die in Europa lebenden ImmigrantInnen und Flüchtlinge, gegen rassistische Gesetze
- Nein zu Aufrüstung und „EU-Armee“
- Für internationale Solidarität und europaweiten Widerstand von ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen
- Weg mit dem Wahnsinn der Marktwirtschaft. Demokratische Planung der Wirtschaft für die arbeitenden Menschen und nicht für die Profiteure der Reichen – Überführung Banken und Konzerne in öffentliches Eigentum
- Nein zum Europa der Banken und Konzerne – Für eine freiwillige, demokratische Föderation sozialistischer Staaten von Europa. Bei den kommenden Protesten gegen die EU-Gipfel in Göteborg im Juni und in Brüssel im Dezember müssten diese Forderungen die „Konvergenzkriterien“ der ArbeiterInnen und Jugendlichen sein.

EU = Extrem Undemokratisch

Die europäischen Gesetze werden von einem Gremium beschlossen, das von niemandem gewählt wurde, hinter verschlossenen Türen tagt und niemandem rechenschaftspflichtig ist. In diesem Gremium, dem Rat der EU, darf beispielsweise Außenminister Fischer Gesetze mitbeschließen, wie es ihm beliebt, selbst wenn die Mehrheit des Bundestags das Gegenteil entschieden hätte. Die Minister dürfen sogar geheim halten, wie sie über ein europäisches Gesetz abgestimmt haben.

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments werden zwar alle fünf Jahre gewählt – wobei Millionen ImmigrantInnen, die in der EU leben, das Wahlrecht vorenthalten wird – aber die Wählerinnen und Wähler können wählen wie und wen sie wollen, an der Politik und Gesetzgebung der EU ändert sich deshalb noch lange nichts. Die entscheidenden Gremien, die Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs sowie der Rat der EU, können vom Europäischen Parlament weder abgewählt noch in ihrer Zusammensetzung verändert werden. Im Europäischen Parlament darf geredet, aber nicht entschieden werden.

EUROPÄISCHER RAT

Der Europäische Rat ist die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten, in den Medien kurz „Gipfeltreffen“ genannt.

Obwohl nicht einmal formal ein „Organ“ der EU, bestimmt diese Versammlung die entscheidenden Fragen der europäischen Politik.

EU-MINISTERRAT

Der Rat der EU ist das wichtigste gesetzgebende Organ der EU. Der Rat besteht aus den jeweiligen Ministern der EU-Mitgliedsländer. Der allgemeine Rat besteht aus den Außenministern, wenn es um das Thema Verkehrspolitik geht, treffen sich die Verkehrsminister usw. Der Rat beschließt die europäischen Gesetze in Form von Richtlinien und Verordnungen, er hat grundsätzlich das letzte Wort.

EU-KOMMISSION

Die Europäische Kommission ist das ausführende Organ der EU. Sie hat das alleinige Vorschlagsrecht für Gesetzentwürfe. Sie kann mit Verordnungen geltendes Recht setzen. Die Europäische Kommission soll ferner über die Einhaltung der Verträge und der Gesetze wachen, und sie verwaltet den Großteil des Haushalts der EU.

Die Mitglieder der Kommission sind ausdrücklich an keinerlei Weisungen gebunden.

EUROPA-PARLAMENT

Das Europäische Parlament hat kaum Befugnisse. Es kann keine Gesetze vorlegen oder verabschieden. Es kann bis auf einige Ausnahmen nicht einmal Gesetze des Rates der EU stoppen. Der Haushalt der EU kann nur zu einem kleinen Teil und in engen Grenzen vom Parlament bestimmt werden. In der Hauptsache hat auch hier der Rat der EU das letzte Wort.

Für ein demokratisches sozialistisches Europa

Unsere Alternative zum Europa der Banken und Konzerne und zum Euro ist der Kampf für eine freiwillige, demokratische Föderation sozialistischer Staaten von Europa. Die Banken und Konzerne, die über unsere Zukunft und unser Leben bestimmen, müssen enteignet und in öffentliches Eigentum überführt werden. Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch gewählte VertreterInnen der Arbeiterklasse und keine überbezahlten und korrupten Manager in Wirtschaft und Verwaltung.

Ein demokratisch entwickelter, sozialistischer Produktionsplan auf nationaler und internationaler Grundlage wird es ermöglichen, die Gesellschaft in Harmonie mit Natur und Umwelt zu entwickeln. Zum ersten Mal wird der von so vielen produzierte, aber von so wenigen kontrollierte Reichtum auf demokratische Weise und gemäß den Bedürfnissen der großen Mehrheit verteilt. Das wird der erste Schritt zu einer sozialistischen Vereinigung Europas innerhalb einer sozialistischen Welt sein.

Mach mit bei der SAV

Ich möchte ...

- ... weitere Informationen über die SAV
- ... Mitglied der SAV werden

Name, Telefon

Adresse

Was will die SAV?

Die Sozialistische Alternative organisiert **Gegenwehr** gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umwelterstörung, Rassismus und Neonazis. Wir setzen uns für kämpferische Gewerkschaften ein. Wir stehen für **Solidarität**, denn wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer. Die Marktwirtschaft regiert auf der ganzen Welt. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn wir ihn weltweit führen. Deshalb hat sich die SAV mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern zusammengeschlossen. Unternehmer und Regierung wollen zurück zu Verhältnissen, wie vor hundert Jahren, denn der Kapitalismus hat abgewirtschaftet. Unsere Alternative heißt **Sozialismus**, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher in Osteuropa, noch die Diktatur der Konzerne und Banken. Damit nicht länger die Profitinteressen einer kleinen Minderheit bestimmen, müssen die großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt werden. Wir wollen eine demokratisch geplante Wirtschaft in der die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik eingesetzt werden, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.

Infos:

030 - 24723802

Abgeben am Info-Stand der SAV, bei Deinem VORAN-Verkäufer oder senden an:
Sozialistische Alternative,
Littenstraße 106/107, 10179
Berlin, Telefon:
(030) 24723802, Fax:
(030) 24723804
e-mail: info@sav-online.de